

B e g r ü n d u n g

zur 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 119
für das Gebiet Müggelsee - Güldenfeld -
Scharlake und 2. Änderung des Bebauungsplanes
Nr. 61

1. Allgemeines:

Der Bebauungsplan Nr. 119 ist seit dem 28.12.1973 rechtsverbindlich.

Im Verlauf der 1. Änderung des Bebauungsplanes wurde von den Anliegern der Peiner Landstraße Nr. 171 bis 179 der Wunsch an die Verwaltung herangetragen, die im Bebauungsplan Nr. 119 rechtsverbindlich ausgewiesenen Parkplätze vor ihren Grundstücken zu verlegen, da sie übermäßige Lärm- und Schmutzbelästigungen befürchten müßten und sich somit in ihrer Wohnruhe gestört fühlen würden. Eine Verlegung der Parkplätze in östlicher Richtung bis an die Bundesbahnstrecke Lehrte ist daher vorgesehen. Die Parkplätze dienen den Besuchern der Parkanlage Güldenfeld wie auch den Besuchern der Kleingartenanlage gleichermaßen.

Da die Parkplätze im Bereich der Wohngebäude noch nicht ausgebaut sind, sollen diese Flächen der Parkanlage Güldenfeld zugeschlagen und entsprechend begrünt werden.

Das Aufstellungsverfahren zur 2. Änderung des Bebauungsplanes 119 mußte aufgrund der Berücksichtigung der Bedenken und Anregungen von in dem Gebiet wohnenden Bürgern zur 1. Änderung des Bebauungsplanes 119 unverzüglich begonnen werden; die Bürger hatten gefordert, die vor ihrem Grundstück rechtsverbindlich festgesetzten Parkplätze so zu verlegen, daß eine Verminderung der zu erwartenden Lärmbelästigung erreicht werden könne. Dieser Anregung wurde entsprochen. Um den Bürgern die sofortige Hilfe der Stadt zu dokumentieren, konnte die Wirksamkeit des Flächennutzungsplanes nicht abgewartet werden; es war daher unumgänglich, mit der sofortigen Aufstellung der 2. Änderung des Bebauungsplanes 119 zu beginnen. Die Verlegung der Parkplätze deckt sich mit den Darstellungen des Flächennutzungsplanes. Da in dem Flächennutzungsplan ohnehin notwendige Park- und Einstellplätze nicht dargestellt sind, ist die Übereinstimmung des Bebauungsplanes mit dem Flächennutzungsplan gemäß § 8 Abs. 1 gegeben.

2. Kosten

Der Stadt entstehen durch diese Änderung keine zusätzlichen Kosten.

3. Bodenordnende und sonstige Maßnahmen

Durch diese Änderung werden bodenordnende Maßnahmen nicht erforderlich.

Dieser Begründung des als Satzung beschlossenen Bebauungsplanes hat der Rat der Stadt Hildesheim in seiner Sitzung am 23.04.1979 zugestimmt.

Hildesheim, den 12.01.1982



Oberbürgermeister



Oberstadtdirektor

Der Rat der Stadt Hildesheim hat in seiner Sitzung am 24.07.1978 die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 119, 2. Änderung "Am Güldenfeld", beschlossen. Der Aufstellungsbeschuß ist gemäß § 2 Abs. 1 BBauG am 25.10.1978 ortsüblich bekanntgemacht.

Hildesheim, den 12.01.1982

Im Auftrage



Der Entwurf dieser Begründung wurde ausgearbeitet vom Stadtplanungsamt Hildesheim.

Hildesheim, den 12.01.1982

Im Auftrage



Der Rat der Stadt Hildesheim hat in seiner Sitzung am 24.07.1978 dem Entwurf der Begründung zugestimmt und die öffentliche Auslegung gemäß § 2 a Abs. 6 BBauG beschlossen. Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am 13.01.1979 ortsüblich bekanntgemacht. Der Entwurf der Begründung hat vom 22.01.1979 bis 21.02.1979 gemäß § 2 a Abs. 6 BBauG öffentlich ausgelegen.

Hildesheim, den 12.01.1982

Im Auftrage

